

LIBANON

Ein General gegen die Familien



Proteste nach dem Attentat auf Rafik Hariri. (Foto: www.veteranen.info/cedarsouthlebanon)

Von der libanesischen Massenbewegung ist nur noch die christliche Rechte übrig geblieben. Führende Politiker treffen bereits Absprachen über die Aufteilung der Macht.

Nur sieben Zelte stehen noch am Märtyrerplatz im Zentrum von Beirut. Hier warten die Anhänger des früheren Milizenchefs Samir Geagea auf eine Entscheidung des Parlaments, ob der Führer der Forces Libanaises nach 15 Jahren im Gefängnis frei kommt.

Sie sind das Überbleibsel einer Massenbewegung, die nach dem Attentat auf den ehemaligen Premierminister Rafik Hariri am 14. Februar den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon forderte, die Absetzung der prosyrischen Regierung und der höchsten Entscheidungsträger in Polizei und Geheimdienst sowie eine internationale Untersuchung des Attentats. Die Opposition, die erstmals in der Geschichte des Libanon große Teile der christlichen und muslimischen Bevölkerung hinter gemeinsamen Forderungen vereinen konnte, hat all dies erreicht. Eine Übergangsregierung organisiert

nun Parlamentswahlen, die am 29. Mai stattfinden sollen.

Die Muslime und Drusen unter den Protestcampern am Märtyrerplatz haben ihre Zelte mit dem Abzug der Syrer Ende April abgebaut. Übrig blieben die Christen, neben den Anhängern der Forces Libanaises bis vor kurzem einige Aounisten. Deren Führer General Michel Aoun ist Anfang des Monats aus dem französischen Exil heimgekehrt.

Absprachen vor den Wahlen

Auch wenn die Zukunftspartei der sunnitischen Hariri-Familie und die Sozialistische Partei des Drusenführers Walid Jumblatt während der wochenlangen Proteste den Ton angaben, war es die christliche Jugend, die am meisten Menschen auf die Straßen brachte. Vor diesen nationalistischen, teilweise faschistischen Gruppen fängt es den anderen, seien sie Lin-

ke oder Neoliberale, nun an zu grauen.

Zwischen den "großen Familien" der Oligarchie werden derzeit Absprachen für die Wahlen getroffen, in denen die Parlamentssitze nach einem komplexen konfessionellen Proporzsystem zugeteilt werden. Die Hariris und die Jumblatts wollen in bestimmten Bezirken niemanden aufstellen und Sitze, die ihnen sicher sind, an die schiitischen Parteien Hizbollah und Amal gehen lassen. Sie geben an, damit weitere Konflikte zwischen der Opposition und den so genannten Loyalisten, den prosyrischen schiitischen Parteien, vermeiden zu wollen.

Doch Dima Younnes von der Demokratischen Linken glaubt nicht, dass es nur um eine freundliche Geste gegenüber den Schiiten geht. "Sie haben Angst, zu viele Sitze den Forces Libanaises zu überlassen", sagt die 23-jährige Jugendsprecherin der vor gut einem Jahr gegründeten Gruppierung. Die Demokratische Linke will den Rückzug der Hariris und der Jumblatts nutzen, um in diesen Bezirken selbst Kandidaten aufzustellen.

Nationalistische Rechte

Die Forces Libanaises waren im Bürgerkrieg eine Allianz rechter christlicher Milizen. Diese vereinte relativ gemäßigte Kräfte wie die wirtschaftsliberal-konservative Tiger-Miliz des früheren Präsidenten Kamil Chamoun und offen faschistische wie die Wächter der Zedern, deren Slogan hieß: "Jeder Libanese hat die Pflicht, einen Palästinenser zu töten." In der Endphase des Bürgerkriegs eliminierten die Truppen der nationalistischen Phalange unter Samir Geagea die konkurrierenden Milizen. Unter anderem für den Mord an Dani Chamoun, dem Führer der Tiger-Miliz, sitzt Geagea im Gefängnis.

Dass allein er für Kriegsverbrechen bestraft wurde, halten nicht nur seine Anhänger für ungerecht. Denn er hat alle Morde vor 1990 begangen, das Jahr in dem eine allgemeine Amnestie für alle Verbrechen des Bürgerkriegs erlassen wurde. "Entweder bestraft man alle oder man lässt alle frei", sagt Younnes. Doch alle bestrafen könne man nicht, denn dann "müssten auch Jumblatt, Nabih Berri (Parlamentssprecher und Vertreter der schiitischen Amal) und Rafik Hariri, wenn er noch lebte, vor Gericht. Wer das fordert, begeht Selbstmord."

Die Demokratische Linke nimmt wie alle Oppositionsparteien an Demonstrationen für die Freilassung von Geagea teil. Eine Koalition für die Wahlen würde sie jedoch nicht mit den Forces Libanaises eingehen. Younnes betont, dass die Linke in der Oppositionsbewegung nicht alles hingegenommen hat. "Wir haben mit den Forces Libanaises darüber diskutiert, dass sie auf Demonstrationen keinen Nazigrüß zeigen sollen." Auch die Hetze gegen syrische Arbeiter hätten sie angeprangert. "Wir haben von Anfang an auf den Kundgebungen gesagt: Wir sind nicht gegen das syrische Volk, sondern sympathisieren mit den Menschen, die unter diesem Regime leben müssen."

Geändert hat das wenig. Überall im Libanon wurden in den ersten Wochen nach Hariris Tod Unterkünfte von syrischen Arbeitern niedergebrannt, aufgebracht Mob prügelte Syrer krankenhaushausreif. Zwischen 20 und 30 Syrer sind dabei nach Angaben der Hizbollah umgekommen. Viele der über eine halbe Million syrischen Gastarbeiter haben nun das Land verlassen. Auf den Baustellen, wo 80 Prozent der Angestellten Syrer waren, ruhte im Februar und März die Arbeit völlig.

Besonders die christlichen Aounisten behaupten, dass

die Syrer den Libanesen die Arbeit wegnähmen. Aus Protest arbeiteten sie an Aktionstagen in den vergangenen Jahren selbst an Tankstellen und als fahrende Gemüseverkäufer, um zu zeigen, dass auch Libanesen diese Arbeiten verrichten können.

Die Aounisten, deren Führer Michel Aoun in der vergangenen Woche aus dem Exil in Paris zurückgekehrt ist, sind für Younnes trotz ihrer rassistischen Parolen ein vorstellbarer Koalitionspartner. Schließlich sei General Aoun gegen Vetternwirtschaft und Klientelismus. Er kommt aus keiner der "großen Familien", seine Anhänger wählen ihn, obwohl er ihnen keine Jobs verschaffen kann und keinen eigenen Wohlfahrtsverein mit Krankenhäusern und Armenpflege betreibt.

Klientelismus

Im Kampf gegen den Klientelismus müsste erst einmal das Wahlsystem geändert werden, meint Younnes. "Wir wollen ein proportionales Wahlsystem ohne eine konfessionelle Aufteilung der Sitze. Dann wären die Kandidaten gezwungen, ein politisches Programm aufzustellen, statt Wählerstimmen mit Vorzügen für ihre Klientel zu kaufen."

Für die kommenden Wahlen ist die Chance vertan. Das Wahlsystem bleibt vorerst, wie es ist. Aber auch für die Zukunft ist es mehr als fraglich, ob sich ein proportionales Wahlsystem durchsetzen lässt. Denn die meisten Abgeordneten profitieren vom bestehenden System. Die USA, Frankreich und andere westliche Berater empfehlen nur, die Wahlbezirke fairer aufzuteilen, das konfessionelle Wahlrecht nennt kaum jemand als Hindernis für die Demokratisierung. Wie im Irak, wo sich die USA für die stärkere Einbindung sunnitischer Politiker in die Regierung einsetzen, wird offenbar auch im Libanon ein "gerechter" konfessioneller Proporz angestrebt.

Hannah Wettig, Beirut

Avis

Formation Continue: "Etre responsable des déchets dans l'entreprise"

Cours organisé par le Centre National de Formation Professionnelle Continue d'Ettelbruck et l'Administration de l'Environnement

Le cours de formation s'adresse à toutes les personnes qui sont responsables de la gestion des déchets dans une entreprise ou institution. Le contenu du cours s'étend sur trois volets: les techniques et concepts de stockage et de collecte des déchets, les bases légales, la commu-

nication interne dans l'entreprise.

La formation se déroule sur quatre jours (1 jour par semaine) et aura lieu alternativement à Ettelbruck (CNFPC) et à Luxembourg-Ville (Administration de l'Environnement). Les cours sont tenus en français. Les dates de formation sont les suivantes: le 25 mai et les 1, 8 et 15 juin 2005. Les participants reçoivent un certificat officiel émis par le Ministère de l'Education Nationale et de la Formation Professionnelle. La participation au cours est gratuite.

Pour s'inscrire au cours veuillez contacter le secrétariat

du CNFPC (Mme Bracquez Tél.: 81 89 39 1) avant le 24 mai.

La prochaine formation aura lieu en octobre et sera tenue en allemand.

MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS

ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS DIVISION DES TRAVAUX NEUFS

AVIS D'ADJUDICATION

Le jeudi 30 juin 2005 à 10:00 heures du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments pu-

blics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant les travaux d'installations d'audiovisuel et de sonorisation à exécuter dans l'intérêt de la construction du Musée d'Art Moderne Grand-Duc Jean à Luxembourg

Envergure de l'objet:

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires

La durée des travaux est de 90 jours ouvrables.

Le début des travaux est prévu pour septembre 2005.

Les amateurs sont tenus d'introduire leur candidature écrite au moins 1 jour ou-

vorable avant de retirer le dossier de soumission à

l'Administration des Bâtiments publics "Soumissions"

Boîte Postale 112

L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration à partir du **lundi 23 mai 2005**.

Les pièces conformes aux prescriptions du règlement grand-ducal du 7 juillet 2003 et portant l'inscription: "**Soumission pour l'installation audiovisuelle et de sonoris-**

tion à exécuter dans l'intérêt de la construction du Musée d'Art Moderne Grand-Duc Jean à Luxembourg" doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Le présent avis a été transmis le 13 mai 2005 au Supplément du Journal Officiel des CEE aux fins de publication.

Luxembourg, le 17 mai 2005
Le ministre des Travaux publics
Claude Wiseler

